

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben.
Redaktion: SW. 66, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhoff 282-298
Zel.-Adressen: Sozialdemokrat, Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung, Cludenstraße 3-5, Berlin SW. 66, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Putschistenaufmarsch.
Interpellationsdebatte im Landtag.

Die Provokationen der Reaktion in Halle und die damit verbundenen bedauerlichen blutigen Vorgänge haben die tiefste Empörung im republikanischen Deutschland und besonders in den Reihen der Arbeiterklasse wachgerufen. Mit großer Spannung erwartete man daher heute im Preussischen Landtag die Beratung einer sozialdemokratischen und einer kommunistischen Anfrage über die Vorgänge in Halle. Gemeinsam mit den beiden Großen Anfragen wurde noch eine solche der Deutschnationalen über das Verbot von öffentlichen Umzügen durch den Innenminister behandelt.

Die sozialdemokratische Anfrage fordert Auskunft vom Staatsministerium, warum es die Versammlungen unter freiem Himmel am 1. Mai in Halle genehmigt habe, während alle entsprechenden Veranstaltungen der Arbeiterklasse am 1. Mai ausnahmslos verboten worden seien. Das Ministerium wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß bei der Handhabung der polizeilichen Befugnisse künftig nicht wieder, wie in diesem Falle, verschiedene Bevölkerungskreise mit verschiedenem Maße gemessen werden.

Genosse Dr. Waentig

begründet die sozialdemokratische Große Anfrage: Wie die Genehmigung zur Abhaltung des Deutschen Tages in Halle gegeben werden konnte, ist für uns ein vollkommenes Rätsel, nachdem vorher alle öffentlichen Aufzüge der Arbeiterklasse verboten worden waren. Alle einschränkenden Maßregeln für die Feier des Deutschen Tages sind von der Polizei nicht in genügendem Maße beachtet worden. Auch die Reichsbahnverwaltung hat die einschränkenden Maßregeln nicht beachtet. Das muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden.

Wie war nun der Verlauf der Ereignisse? Am Sonnabend gab es schon eine Art Vorfeier. Aber schon am Sonnabend waren die Festteilnehmer des trockenen Tones satt und bald trat Luthendörff in den Vordergrund des Deutschen Tages. Schon am Vorabend kam es zu

ausgeprägten monarchistischen Kundgebungen.

Läßt man die nackten Tatsachen nüchtern auf sich wirken, dann muß man feststellen, daß das ganze nichts anderes als eine große militärische Heerschau war. Glücklicherweise ist dafür gesorgt worden, daß die einzelnen Bilder und Szenen dieser Heerschau photographisch und kinematographisch festgehalten wurden. Das gilt vor allem für das große Paradeplatz auf der Rennbahn. Nicht so sehr die preussischen Farben und die alten Reichsfarben, als vielmehr die

falschlichen Farben und Fahnen standen im Vordergrund.

Bei der großen Heerschau auf der Rennbahn wurde die Front abgemessen und zum Schluß gab es eine Kavallerie-Attacke. Hier war es Prinz Oskar von Preußen, der die Parade entgegennahm. Dann erfolgte der Rückmarsch in die Stadt. Man hätte annehmen sollen, daß schon aus Rücksicht auf die gespannte politische Lage im Wahlkreis Halle dieser Rückmarsch sich an die polizeilichen Bestimmungen halten würde. Nichts dergleichen war jedoch zu beobachten.

Und wie verhielt sich nun die Polizei? Auch bei der objektivsten Einstellung ihr gegenüber muß festgestellt werden, daß sie mit zweierlei Maß gemessen

hat. Am Morgen nach war auf die Kommunisten, die sich nicht an die Verordnungen halten wollten, geschlossen worden. Deutlich am Nachmittag zogen die Rechtsdemonstrationen ohne Rücksicht auf irgendwelche Verordnungen durch die Stadt. Die Polizei jedoch vermied es ängstlich, irgendwie gegen diese Rechtsdemonstrationen vorzugehen. Zu gleicher Zeit wurden die Kommunisten im Volkspark abgeriegelt. Dort — ich wohne in der Nähe dieses Parks — habe ich aus eigener Anschauung feststellen müssen, daß dieselbe Polizei, die gegen die Demonstrationen so übermäßig Rücksichtswoll war, gegen das Publikum mit größter Schroffheit aufgetreten ist. Das gleiche habe ich später auf einem Spaziergang feststellen müssen. Wir konnten in Halle die Wiederkehr des traurigen Schauspielers beobachten, das sich vor kurzem im Reich abgespielt hat. Rücksichtslosigkeit der Reichsgewalt gegenüber Sachsen und Thüringen, weil es sich dort um die Haltung der Arbeiterklasse handelte, überzogene Rücksicht gegenüber Bayern, weil dort rechtsradikale Elemente gegen die Reichsgewalt auftraten. Die Staatsgewalt betätigt sich anscheinend in diesen schwierigen Situationen in der Linie des geringsten Widerstandes. Es ist jedoch klar, daß auf diese Weise die Staatsautorität zum Leufel geht.

So wie bisher — das müssen wir mit Nachdruck betonen — kann es unter keinen Umständen weitergehen. Nicht aus innerpolitischen Gründen und nicht aus außenpolitischen. Das Ausland gibt uns nicht hunderte von Millionen Anleihegelder, wenn die Gefahr eines falschlichen Putsch vor der Tür steht. Wir fordern energische Stärkung der Staatsgewalt. Wir verlangen, daß staatlichen Behörden die Teilnahme an falschlichen Demonstrationen verboten wird. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der Innenminister, wenn er die Staatsgewalt mit fester Hand zu stabilisieren versucht, im ganzen Lande die Republikaner zu seiner Unterstützung bereit finden wird. (Beifall.)

Die deutschnationalen Große Anfrage über das Verbot der nationalistischen Feste begründet:

Abgeordneter von Lindner-Wildau.

Er beruft sich auf die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger und iranisiert die Freiheit der Republik, in der der Ausnahmezustand fast zur Regel geworden sei und die auch schon Ausnahmezeitung gekostet habe, wie das „Berühmte“ Gesetz zum Schutze der Republik. Man habe die Gedächtnisfeier zum Schlageter verboten, der für uns alle gefallen sei. Diese Verbot beweisen eine Angst, die nicht dafür spricht, daß die Vaterlandsliebe davon überzeugt sind, daß dieser Staat ein Volks-

staat ist, wie sie behaupten. Die ausnahmsweise Genehmigung für Halle wer von dem Minister des Innern erteilt worden, er hat dafür recht erhebliche Angriffe von seinen Freunden erfahren. Die Kommunisten haben sich erlaubt, eine Gegendemonstration zu veranstalten, und seitdem wird alles verboten. Entweder hat die preussische Regierung vor den Kommunisten kapituliert oder sie fühlt sich zu schwach, das, was sie als richtig erkannt hat, durchzusetzen. Das führt aber dazu, daß sie sich das Geißel ihres Handlens von den Kommunisten vorzeichnen läßt. Das ist die Bankrott-Erklärung der Staatsautorität und der Staatsregierung. Soll unsere Schutzpolizei noch weiter solchen Gefahren wie in Halle ausgesetzt werden? Ist es richtig, daß der Schutzpolizei für solche gefährliche Gelegenheiten der

Stahlhelm vom Minister vorgeschrieben

wurde und daß Oberpräsident Härtling diesen Erlaß des Ministers mit dem Julaß versehen hat, daß in seinem Amtsberreich der Stahlhelm nicht getragen werde? Die schwersten Verwundungen von Polizeibeamten in Halle sind Kopfschüsse gewesen. Der Minister sollte sich wohl überlegen, ob er eine Partei, die

grundsätzlich ihre Ziele auf dem Wege der Evolution erreichen will, so behandeln kann. Wenn das nicht aufhört, dann können wir an dieser grundsätzlichen Einstellung nicht festhalten. (Stürmisches Hört, hört! links.) Herr Minister, worin sehen Sie Ihre Aufgabe? Der „Vorwärts“ hat geschrieben, der Zweck des preussischen Ministers ist, unsere Anschauung durchzusetzen. Wenn Sie, Herr Minister, Ihrer Aufgabe, die Staatsautorität zu wahren, nicht gewachsen zu sein glauben, dann müssen Sie eben anderen Platz machen, die das besser können. (Beifall bei den Deutschnationalen, Jochen links.)

Der kommunistische Redner bezeichnet den nationalistischen Aufmarsch in Halle als Vorstoß gegen das Herz der deutschen Republik. Die preussische Staatsregierung, deren Rücktritt der kommunistische Antrag fordert, begünstige die falschliche Putschgarde der Deutschnationalen, deren Aushangsschild Stappenhengste aus dem Hause Hohenzollern seien.

Nach dem kommunistischen Redner wird Innenminister Genosse Severing die Anfragen und Anträge beantworten. (Schluß im Morgenblatt.)

Die Verhandlungen mit Deutschnationalen.
Heute im Reichstag.

Kurz nach 10 Uhr trat am Mittwoch vormittag auf Einladung der Deutschnationalen im Reichstag die Konferenz der bürgerlichen Parteiführer zusammen, um über die Frage der Regierungsbildung zu beraten. Von den Deutschnationalen nahmen an der Sitzung die Abg. Hergt, Schiele, Walraf, Graf Westarp, Behrens; vom Zentrum Dr. Peter Spahn, Dr. Brauns, Stegerwald, Giesberts, Becker-Arnberg; von der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz, Kemples und Dr. Curtius; von den Demokraten Koch und Erkelenz; von der Bayerischen Volkspartei Leicht teil.

Die Besprechungen vertagt.

Die Besprechung der auf Einladung der Deutschnationalen zusammengetretenen Führer der bürgerlichen Reichstagsfraktionen wurde kurz nach 12 Uhr mittags unterbrochen, ohne daß es bisher zu einer Einigung gekommen war. Die Verhandlungen sollen jedoch binnen kurzem fortgesetzt werden. Der Zeitpunkt steht allerdings noch nicht fest.

Inzwischen haben, wie wir weiter erfahren, die Deutschnationalen eine Einladung an die Nationalsozialistische Freiheitspartei zu Besprechungen ergehen lassen. Diese hat die Einladung angenommen und die Beratungen sollen heute, Mittwoch nachmittag, stattfinden. Auch in dieser Sitzung will man die Fragen der Regierungsbildung beraten.

Über die politische Lage, die die Plattform für die Verhandlungen der Parteiführer bildete, hören wir aus parlamentarischen Kreisen der Mitte noch folgendes:

Die Parteien müßten vor allen Dingen damit rechnen, daß die Regierung Marx das Gutachten der interalliierten Sachverständigen als „Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage“ angenommen hatten, daß es also über diese Grundlagen selbst keiner Diskussion mehr bedarf. Das ist auch verständlich, da ja auch bei einer solchen Diskussion auf eine Forderung, die von deutscher Seite erhoben wird, von französischer oder anderer interalliiertem Seite gleich mehrere andere zu erwarten sind. Wohl aber kann es natürlich noch Streitigkeiten über die Auslegung und die Ausführung des Gutachtens geben. Auf Grund dieser Lage hatten die Mittelparteien am Dienstag sich auch darauf geeinigt, daß man an dem Gutachten grundsätzlich nicht rütteln könne, sie hatten jedoch auch Einigkeit über den Wunsch erzielt, daß bei der Durchführung des Gutachtens die Rückkehr der Ausgewiesenen, Entlassung der Gefangenen, die volle Souveränität Deutschlands, namentlich die Verwaltungshoheit im Rheinlande, Sicherheit der Einwohner des besetzten Gebietes für Leib und Leben und die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet durchgesetzt würden, weil von diesen Voraussetzungen auch die Durchführbarkeit des Gutachtens abhängt. Dieser Standpunkt der Mittelparteien wurde jedoch am Dienstagabend nicht mehr bekanntgegeben, weil inzwischen die Einladung der Deutschnationalen zu der heutigen Besprechung eingetroffen war. Wie wir hören, werden die heute unterbrochenen Verhandlungen voraussichtlich schon am Donnerstag fortgesetzt werden.

Die Verteilung des Varenjelles.

Wie die Expreskorrespondenz erfährt, werden die Deutschnationalen für den Fall, daß sie mit der Regierungsbildung beauftragt werden, als Kanzler den Großadmiral von Tirpitz vorschlagen, als Vizekanzler den bisherigen Reichskanzler Borg, als Innenminister den deutschnationalen früheren Kölner Oberbürgermeister Walraf. Das Reichswehrministerium, das Reichsfinanzministerium und das Reichspostministerium sowie das Reichsarbeitsministerium sollen den bisherigen Ministern Geßler, Brauns, Luther und Hoffe angeboten werden. Bezüglich der Besetzung des Außenministeriums und des Reichsjustizministeriums sind bestimmte Persönlichkeiten von den Deutschnationalen noch nicht vorgegeben. Es verlautet aber, daß das Reichsjustizministerium der Deutschen Volkspartei angeboten werden soll. Der frühere Minister Fuhr, der dem

Bayerischen Bauernbund angehört, ist als Ernährungsminister in Aussicht genommen, falls er ablehnen sollte, soll ein Mitglied der deutschnationalen Fraktion vorgeschlagen werden.

Rußland und England.

London, 21. Mai. (W.T.B.) Ueber die Vollziehung der englisch-russischen Konferenz ist ein Bericht veröffentlicht worden, in dem es heißt: Die Sowjetdelegation überreichte der britischen Delegation ein Memorandum über die Wiederherstellung des russischen Kredits auf dem englischen Markt. Die Russen erklärten, wenn sie mit Unterstützung der englischen Regierung eine langfristige Anleihe erhielten, würde Rußland eine runde Summe beisteuern, um damit die russischen Vorkriegsschulden an britische Untertanen zu decken. Aber solche Ansprüche könnten nur für Inhaber russischer Bonds aus der Zeit vor dem 12. März 1917 geprüft werden. Der größte Teil der Anleihe würde in England ausgegeben werden für den Einkauf von Rohstoffen und anderen Gütern, die für die Wiederherstellung der Industrie und des Ackerbaus in Rußland nötig seien.

Die britische Delegation erwiderte, daß man die russischen Vorschläge eingehender prüfen müßte, ehe ein Urteil über sie gefällt werden konnte. Es müßte wohl verstanden werden, daß jeder Bestand, den die englische Regierung für die Erfüllung einer Anleihe leisten könnte, sehr beschränkt sein würde, und daß keine Rede davon sein könne, daß die Regierung eine Anleihe garantiere.

Die Sowjetdelegation erklärte, daß die Sowjets nicht bereit seien, die Vorkriegsschulden zum vollen Marktwert zurückzuzahlen. Sie hielten dafür, daß die rückständigen Zinsen gezahlt werden sollte, da das russische Vermögen infolge des Krieges und des auf den Krieg folgenden Bürgerkrieges vermindert worden sei. Sie seien der Meinung, daß beschränkte Zahlungen an britische Bondsinhaber geleistet werden sollten, sobald eine Regelung anstandsbeigefunden sei. Die Russen drängen in die Engländer, ihr äußeres zu tun, um ihnen zu einer Anleihe zu verhelfen, die die Sowjets in den Stand setzen würde, die Vorkriegsschulden zu regeln, die wirtschaftliche Struktur Rußlands wiederherzustellen und den englisch-russischen Handel zu entwickeln. Sie betonten mit Nachdruck, daß eine Teilnahme der russischen Staatsbank der Anleihe eine sichere Sicherheit geben würde.

Die Engländer hoben hervor, daß die Regierung unmöglich eine Anleihe garantieren könnte, obwohl sie gegenüber den Bemühungen Rußlands, privatim eine Anleihe unterzubringen, eine wohlwollende Haltung einnehmen würde.

Gespannte Lage in Litauen.

Im Mittelwest des innerpolitischen Kampfes in Litauen steht gegenwärtig die Erörterung über die Aufhebung des Kriegszustandes, der seit Gründung des Staates Litauen besteht. In den Jahren 1918 bis 1920, als nach schweren Kämpfen mit den ins Land eingeschobenen bolschewistischen Scharen tobten und der junge Staat sich gegen die aus Deutschland eingebrungenen Bermantli-Awalof-Banden, die in Rußland die Monarchie wieder aufrichten wollten, zu verteidigen hatten, war der Kriegszustand noch zu rechtfertigen. Später mußten dann die Annerionsabsichten Polens und die Aufdeckung einer polnischen Geheimorganisation, der falschlichen polnischen Autobesitzer in Litauen angehören, herhalten, um den Kriegszustand weiterhin zu rechtfertigen. Das kriegerische Unternehmen des Polengenerals Jeligowski und seine Eroberung des Wilnagebietes gab den regierenden Kreisen Litauens abermals den nötigen Vorwand, den Kriegszustand nicht zu befehlen, sondern nach weiterer Ausnahmezeitung zu schaffen.

Alle diese Gründe sind heute, nachdem sich die Verhältnisse in den baltischen Staaten einigermaßen gefestigt haben, hinfällig geworden. Daher legt die sozialdemokratische Partei Litauens und vor allem die Fraktion in Seim jetzt ihre ganze Kraft ein, dem ewigen Kriegszustand im Lande ein Ende zu bereiten. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Kriegszustandes in allen Kreisen des Landes steht augenblicklich zur Beratung im Seim. Gegen die Befreiung des Kriegszustandes können die bürgerlichen Parteien nichts einwenden, sie wollen aber die Ausnahmezeitung, die die Sozialdemokratie ebenfalls befristet haben will, nicht preisgeben. Deshalb wird in der nächsten Zeit ein scharfer Kampf zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum entbrennen. Die sozialdemokratische Fraktion wird jetzt ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die in der Verfassung dem Volke zuerkannte Rechte nicht mehr länger geschmälert bleiben.



## Der Frankensturz.

### Dringendere Sorge als die Regierungsbildung.

Paris, 21. Mai. (B.Z.) „Matin“ glaubt zu wissen, daß das Einlenken Franken (das englische Pfund notierte nachdrücklich 82,50, der Dollar 18,85) der Gegenstand der Beratung zwischen Millerand und Poincaré gewesen sei. Poincaré dürfte dem Präsidenten den Rat gegeben haben, schon jetzt über die finanziellen Angelegenheiten des Landes, namentlich über die Maßnahmen gegen die Frankenkasse, die Vertreter der politischen Parteien zu befragen, denen in zehn Tagen die Bildung des neuen Kabinetts übertragen werden sollte. Es würden deshalb schon heute die Abgeordneten Herriot und Painlevé zum Präsidenten der Republik berufen werden. So habe auch Baldwin, als es nach den letzten englischen Wahlen klar geworden war, daß MacDonald erster Minister werden würde, keine wichtige Entscheidung getroffen, ohne ihn zu befragen. Durch diese Praxis habe man die Konnuität der Politik gesichert. Heute vormittag werde unter dem Vorsitz Poincarés ein Kabinettsrat zusammentreten, in dem er die Minister über die Neugestaltung der politischen Lage unterrichten werde. Am Donnerstag werde dann ein Ministerrat im Elysee stattfinden.

### Herriots Absichten.

Paris, 21. Mai. (B.Z.) Abg. Herriot wird nach dem „Petit Parisien“ heute in Paris erwartet. Im Laufe des Tages wird er der Konferenz des Ausschusses der radikalsten Partei beiwohnen und auch Besprechungen mit seinen politischen Freunden abhalten. Nach glaubwürdigen Informationen des Blattes wird Herriot, selbst wenn die Sozialisten nicht in die Regierung eintreten sollten, am 1. Juni das Kabinet bilden. Er gedenke wie Poincaré das Amt als Ministerpräsident und Außenminister selbst zu übernehmen. Seine Mitarbeiter sollen schon bestimmt sein, von dem Finanzministerium abgesehen, das einem Senator übergeben werden sollte.

### Internationale Währungskonferenz in Paris.

Paris, 21. Mai. (B.Z.) „Chicago Tribune“ will wissen, daß die Vereinigten Staaten die Initiative zur Einberufung einer internationalen Währungskonferenz ergreifen werden. Die Ende des Sommers in Paris zusammenzutreten wird. Auf dieser Konferenz würden amerikanische Finanzfachverständige den Versuch machen, das Pfund Sterling und die kontinentalen Währungen in ein Dezimalverhältnis zum Dollar zu bringen.

### Reparation in England.

London, 21. Mai. (B.Z.) Der Finanzminister des Schatzamtes, Graham, teilte dem Unterhaus schriftlich mit, daß die von der deutschen Regierung für Reparationsrechnung während des Finanzjahres 1923/24 geforderten Beträge sich auf 11 111 000 Pfund belaufen einschließlich einer in Papierform gezahlten Summe von 784 000 Pfund, die in Deutschland selbst gefordert wurde. Englands Befahrungskosten betragen 1 510 000 Pfund. Der Betrag zu dem Deutschland für die Befahrungskosten verpflichtet sei, betrage jedoch nach dem interalliierten Übereinkommen etwa 1 200 000 Pfund, die in dem obgenannten Betrage von 11 111 000 Pfund einbegriffen seien. Großbritannien werde daher von der Reparationskommission für das Rechnungsjahr 1923/23 mit der Summe von 9 911 000 Pfund belastet werden.

### Englischer Kommunistenkongress.

#### Kampfaufgabe: Zellenbildung in der Labour Party.

London, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem letzten Verhandlungstag der Kommunisten wurde die Frage der Beziehungen zu der Labour Party erörtert. Es wurde als die Hauptaufgabe der Kommunisten bezeichnet, die Labour Party mit dem kommunistischen Programm zu durchsetzen. Ein Verbleiben bzw. ein Eintritt der Kommunisten in die Labour Party sei nötig, um die Führerschaft an sich zu reißen.

Die eigentümliche Organisation der Labour Party ermöglicht naturgemäß die Mitgliedschaft von Kommunisten als Einzelpersonen. Der Kommunistenkongress ist der Lust auf den Versuch der Zersplitterung innerhalb der Labour Party.

### Liberalen wollen zur Labour Party übertreten.

London, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Mehrere Abgeordnete der Liberalen Partei haben einer der Regierung nachstehenden Persönlichkeit gegenüber die Absicht geäußert, zur Fraktion der Labour Party überzutreten, wenn ihnen gewisse Sicherheiten für eine Wiederausstellung bei den nächsten Wahlen gegeben würden. Die Zustimmung konnte jedoch nicht erteilt werden.

### Bayerisches aus Oesterreich.

#### Zweivölkische Mörder freigesprochen. — Sozialdemokratie erhebt Protest.

Wien, 21. Mai. (B.Z.) Anlässlich des Freispruches zweier Nationalsozialisten, die des Totschlages an dem Arbeiter Karl Stiller angeklagt waren, durch das Geschworenengericht veranstalteten die Sozialdemokraten gestern Protestveranstaltungen, denen in den nächsten Tagen weitere Kundgebungen folgen sollen. Einer Abordnung der Sozialdemokratischen Partei, die in dieser Angelegenheit bei dem Justizminister vorsprach, erklärte dieser, er habe mit Rücksicht auf das Aufsehen, das der Fall in der Öffentlichkeit erzeuge, bereits von der Staatsanwaltschaft einen Bericht eingeholt, ob die Voraussetzungen für die Einlegung eines Rechtsmittels vorlägen.

### Die Schwierigkeiten an der Börse.

Das Kursniveau an der heutigen Börse war größtenteils gut behauptet mit teilweise festerer Grundtendenz. Gerüchte über Schwierigkeiten, die gestern an der Börse in Umlauf waren, werden dahingehend berichtigt, daß durch Kredite diese Schwierigkeiten einwirken bezogen seien. Aus dem Bankgewerbe gelangen noch immer Nachrichten über neue Schwierigkeiten. Zumeist handelt es sich jedoch um kleinere Firmen. Der Metallhandel steht, wie die Börse glaubt, noch vor größeren Schwierigkeiten. Der Geldmarkt lag mit einem Satz von 1/2 pro Mille pro Tag unverändert. Auch der französische Markt notierte im Laufhandel gegen London unverändert mit 81.

Japan und Amerika. Der Botschafter Japans in Washington und der Botschafter Nordamerikas in Tokio sind wegen des Einwanderungsgesetzes zurückgehalten.

Mussolini ist befreit. Die Schweiz hat eine Anzahl ihrer Soldaten, die an der italienischen Grenze antisowjetische Rufe aufstießen, auf Verlangen Italiens mit Arrest bestraft.

Rußlands Vordringen in Persien. In Teheran sind die beiden ersten Flugzeuge angekommen, die auf Rechnung der persischen Regierung in russischen Flugzeugwerken hergestellt worden sind. Die letzte Strecke von Senfeli nach Teheran, 400 Kilometer, sollen sie in 1 1/2 Stunden bewältigt haben.

## Gegen die Schmach von Halle.

Das Reichsbanner „Schwarzrotgold“ und der Republikanische Reichsbund haben gestern abend die Republikaner zu einer öffentlichen Protestkundgebung gegen die Vorfälle in Halle aufgerufen. Die mit den Farben der Republik geschmückte große Halle des Stadthauses war überfüllt. Der Ordnungsdienst der SPD hatte den Saal schon übernommen, und so konnte die Kundgebung, abgesehen von einigen törichten Zwischenrufen, einen unge störten Verlauf nehmen.

Als erster Redner sprach Genosse Edward Bernstein. Einleitend erinnerte er an den Bahausfall vom 11. Mai in Frankreich, der bewies, daß drüben der demokratische Geist leime und wachse. Dieser eindrucksvollen Kundgebung des französischen Volkes für Demokratie und Verständigung folge der schwarze Tag von Halle gegenüber, der eine Kundgebung des deutschen Militarismus war. Ludendorff, einer der einflussreichsten Männer des Krieges, der zugleich auch die volle Verantwortung für den verlorenen Krieg zu tragen hat, veranstaltete nun eine Demonstration gegen Friedenspolitik und Republik. Wo gibt es ein zweites Land, das duldet, daß ein Mann wie Ludendorff eine solche Rolle spielen darf. Unsere Aufgabe ist es, die Geister aufzurütteln und unablässig für die Organisation des Widerstandes zu arbeiten. Es gilt mehr zu tun als bisher getan wurde. Dem mit Beifall angenommenen Referat folgten die Ausführungen der Genossen Burm: Der Tag von Halle, so sagte sie, ist eine Niederlage für die Republik. Dieser

## Durch die Solidarität der Arbeiterschaft

allein kann der Versuch der Unternehmer scheitern, die Bergarbeiter niederzuzwingen.

## Werden die Bergarbeiter widersehen

können, dann ist der Achtstundentag gesichert. Das ist aber nur zu erreichen,

## wenn alle für die Bergarbeiterhilfe geben

Kummel mit Rüst, Fahnen, Hakenkreuzen, Orden ohne Zahl ist ein Beweis, daß die Republik noch nicht den nötigen Rückhalt im Volke hat. Man muß sich fragen, ob denn das Volk noch nicht reif für eine mehr demokratische ist. Aber auch die Republik und ihre Minister haben nicht ihre Schuldigkeit getan. Was sagt der demokratische Reichsmehrminister Gehler dazu, daß Reichswehrsoldaten und Offiziere in Halle mitgehört haben, die Republik zu verhöhnen? Er schwieg! Wir Republikaner haben alle Ursache, laut unsere Stimme zu erheben gegen den Ausnahmezustand der Sozialisten und Republikaner direkt hindert, energisch für die Republik einzutreten. Ein Ausnahmezustand war schon immer eines freien Volkes unwürdig. Trotz alledem halten wir an der Republik fest, weil es unsere Aufgabe ist, sie zu einem wahren Volksstaat auszubauen. Die Reaktion wäre nie so dreist geworden, wenn die anderen nicht so gleichgültig wären. Eine Staatsautorität kann sich nicht halten, wenn sie nicht und schweigt, wenn die Gegner ihre Autorität untergraben. Wir wollen eine Republik der Freiheit und Gleichheit und wir sind ein Volk, das Frieden will. (Beifall.)

Als letzter Redner sprach Landtagsabgeordneter Rühle: Wenn unser deutsches Volk politisch wäre, dann hätte, als Herr Ludendorff den deutschen Tag in Halle ankündete, ein Heeresbesatzung durch das Land klingen müssen. Zwischen Weisse und Ludendorff ist ein Unterschied. Weisse gewann einen Krieg und schieg, Ludendorff verlor einen Krieg und hört nicht auf zu reden. War er doch derjenige, der im Oktober 1918 geradezu noch einen Waffenstillstand wimmerte.

Gewiß, die preussische Regierung hätte schneller handeln müssen; aber wenn die Deutschnationalen die Macht hätten, so sehnten wir uns oft noch Seegering zurück. Leider wird festgestellt werden, daß mein eigener Parteigenosse Gehler noch zum deutschen Tag in Halle eine Traditionskampagne entfacht hat. (Große Entrüstung.) Wenn jetzt gemeldet wird, daß es nur 3 Offiziere und 16 Mann waren, so kommt mir das so vor, als ob ein Mädchen, das ein uneheliches Kind hat, es zugibt, aber betont, es ist ja nur ein ganz kleines. (Beifall.) Mit einem Hoch auf die Republik wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen.

### Der Frauenmord aufgeklärt.

#### Das Geständnis des Mörders.

Das Verbrechen, dessen Opfer die 48 Jahre alte Frau Ruschewitz in der Friedrichsfelder Straße geworden ist, ist jetzt durch ein Geständnis des verhafteten Franzosen Bonzed aufgeklärt. Bonzed blieb zunächst bei seiner Behauptung, daß zwei unbekannte Männer die Täter seien. Es war nichts anderes aus ihm herauszubekommen und die Sprachschwierigkeiten erschwerten die Vernehmung. Der Franzose geriet in Widersprüche, die ihn alsbald nachgewiesen werden konnten.

Als man Bonzed aus seinen eigenen Aussagen und den Bekundungen der Zeugen nun nachwies, daß seine Darstellung unmöglich wahr sein könnte, legte er gestern spät abends unter der Last des Beweismaterials endlich ein Geständnis ab. Der Franzose traf Frau Ruschewitz, als sie sich nach Rinnern umfah, um 11 1/2 Uhr in der Fruchtstraße, und ging zunächst mit ihr nach der Schankwirtschaft „Zum Afrikaner“ am Schleifischen Bahnhof. Hier tranken beide Bier und einige Schnäpfe. Um 12 1/2 Uhr brach das Paar auf. Auf dem Wege nach ihrer Wohnung forderte Frau Ruschewitz 2 M. Obwohl er nur noch 1/2 M. besaß, ging Bonzed doch mit. In der Wohnung gab er der Frau seine halbe Rentenmark und erklärte ihr, daß er nicht mehr habe. Sie nahm ihm das Geld ab, verlangte aber mehr und wies ihn hinaus, als er nicht mehr geben konnte. Sie ließ es auch nicht bei der Aufforderung, die Wohnung zu verlassen, sondern gab ihm, wie er sagt, auch noch ein paar Ohrfeigen, um ihn hinauszubekommen. Hierüber in Lust geraten, packte er sie an den Händen und warf sie aufs Sofa. Als sie jetzt um Hilfe rief, fürchtete er, daß jemand kommen könne und drückte ihr die Kehle zu, bis sie nur noch krampfhaft zuckte. Unterdessen war die kleine Petroleumlampe ausgegangen. Bonzed suchte in der dunklen Küche nach keinem Hut, der ihm im Kampfe abgefallen war, fand dann die Taschenlampe der Frau und sah, nachdem er Licht gemacht hatte, auf dem Tisch eine Rentenmark liegen. Diese nahm er an sich, weil er glaubte, daß es die seinige sei. Um zu verhindern, daß jemand ihn überrasche, hatte er, bevor er den Hut suchte, die Sicherheitskette vorgelegt. Als es nun kloppte und er sah, daß ein Mann vor der Tür stand, öffnete er das Stubenfenster, sprang auf den Hof hinaus, obwohl er dort einen Mann stehen sah, versuchte zu entkommen und fielt durch die falsche Tür in den Keller hinab. Hierbei zog er sich die Kopfverletzung zu, durch einen Kalkabstrich, den man an einem Kermel seines Rades fand, wollte er bei diesem Sturz erhalten haben. Die Wundheilung wies ihn jedoch nach, daß der Abdruck von der Rückenwand herührte. Das war einer der Punkte, die ihn verrieten und unsicher gemacht hatten. Er war im Kampfe mit der Frau mit dem Kermel an die Wand geraten, nachdem er dieses Geständnis abge-

legt hatte, geriet der Chemann der Ermordeten in eine solche Aufregung, daß er über den Mörder herfallen wollte. Er konnte von den Kriminalbeamten nur mit großer Mühe davon abgehalten werden.

### Um den Dauer-Kleingarten.

Der Provinzialverband Großberlin des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands veranstaltete gestern im Lehrerseminar Berlin eine große Kundgebung, die von sämtlichen Großberliner Koloniervereinen durch Vorstandsvertreter und Funktionäre besetzt war. Die Veranstaltung diente dem Zweck, in ausdrucksvoller Weise die Bestrebungen der Kleingartenbewegung zur Geltung zu bringen.

Der erste Vorsitzende des Reichsverbandes, Rektor Förster, Frankfurt a. M., sprach als erster Redner über die Entwicklung und den derzeitigen Stand des Kleingartenwesens in Deutschland und erläuterte das Programm des Verbandes, indem er sowohl die volkswirtschaftliche als auch die soziale Bedeutung dieser Bewegung vor Augen führte und besonders die Notwendigkeit hervorhob, die Kleingartenkolonien zu Dauer-einrichtungen zu gestalten, die hauptsächlich in das Stadtbild einzugreifen sind. Seine Ausführungen fanden lebhaften und allgemeinen Beifall. Der zweite Redner, Regierungsrat Otto Albrecht, sprach über die Befreiung einer Verdrängung der heutigen Kleingartenkolonien durch die fortschreitende Bebauung der Gelände mit Wohngebäuden und Industrieanlagen, besonders über die Gefahren einer Vernichtung bei der Schaffung von Heimstättengebieten. Nach dem neuen preussischen Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz können die Gemeinden verpflichtet werden, Heimstättengebiete auszuweisen, auf welchen Einfamilienhäuser mit Ruggärten zu errichten sind. Erhaltungsgesetze sollen bei den Wohnbedarfsbestrebungen die vorhandenen Kleingartenkolonien derartigen Bestrebungen am leichtesten zum Opfer. Gerade im Wohngebiet von Großberlin seien diese Gefahren am größten. Es müßte darum alles aufgegeben werden, solches zu verhindern. Das beste Mittel sei der Erlaß eines entsprechenden Gesetzes und einer Ortsplanung. Der Reichsverband der Kleingartenvereine hat einen dahingehenden Beschlusses ausgearbeitet, der in diesen Tagen der preussischen Regierung und dem preussischen Landtage zugestellt werden soll. Dieser ist als ein Gegenstück des preussischen Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstättengesetz gedacht. Es sei den Gemeinden die Pflicht aufzuerlegen, gleichzeitig mit den Heimstättengebieten auch Dauer-Kleingartengebiete auszuweisen. Auch diese Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Der Dezerent des Volkswohlfahrtsministeriums, Geheimrat Dr. Paulß, begrüßte die Versammlung im Namen des Ministers und erklärte u. a., das Ministerium sei ehrlich und eifrig bestrebt, der Kleingartenfrage zu dienen, es wünsche besonders, daß die Kleingärtner sich alle der Organisation anschließen, weil dadurch die besten Erfolge erreichbar und die Regierung durch Zusammenarbeit mit dem Reichsverband und seinen Unterverbänden ihre Aufgabe ebenfalls am besten zu lösen imstande sei. Als politische Parteivertreter versicherten ein Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und ein kommunistischer Landtagsabgeordneter, ihre Parteien würden sich für die vorgetragene Bestrebungen einsetzen. Andere Parteien hatten, trotz Einladung, niemand zu der Versammlung entsandt, was von der Versammlungsleitung mitgeteilt und sehr bedauert wurde. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

Als Ergänzung zu dem im Preussischen Landtage angenommenen Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz ist mit möglichster Beschleunigung ein preussisches Haus- und Kleingartengesetz zu erlassen, das die Gemeinden verpflichtet, gleichzeitig mit der Abgrenzung von Heimstättengebieten auch Dauer-Kleingartengebiete einzurichten. Die zurzeit bestehenden Kleingartengebiete sind, soweit irgend möglich, zu erhalten und als Dauergebiete zu erklären. Neue Industrieanlagen sind im Bereich des Wohngebietes nicht mehr zuzulassen. Der Bevölkerungszuwachs soll mit den neuen Industrieanlagen nach Möglichkeit auf die Landbezirke abgelenkt werden. Der Vorstand wurde beauftragt, durch schriftliche Eingaben und durch persönliches Vorstellwerden beim Berliner Magistrat sowie bei Vertretern der einzelnen Parlamente sich im Sinne der Forderungen zu bemühen.

Reichsbanner Schwarzrot-Gold. Kameradschaft Wärschena. Am Donnerstag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, im Lokal von Seipke, Lichterberg, Kronprinzstr. 47, Mitgliederversammlung. Gäste sind willkommen.

Vom Baumstamm zum Möbel heißt ein Filmmotiv, den die Ostberliner Berlin des Deutschen Kolonialvereins am Donnerstag, 21. Mai, abends 7 Uhr, in der Feuerlei Königstr. 56, abends 7 Uhr, veranstaltet. Der Vortragende Gen. Feig Tarnow wird den eintreffenden Vortrag halten.

### Unwetterkatastrophe in Süddeutschland.

Aus der Hohenloher und Heidenheimer Gegend, besonders aber von der Lip bei Reutlingen und Hohen-Zollern kommen Nachrichten von außerordentlich schweren Gewittern, Hagel- und Wasserhaden. Durch Blitzschlag sind eine Reihe von Personen getötet und Häuser in Brand gesetzt worden, besonders haben aber wolkbruchartige Regengüsse in der Gegend von Hechingen furchtbare Schäden angerichtet. Aus Weilsheim bei Hechingen wird berichtet, daß seit Generationen kein solches Unwetter erlebt worden sei. Die Straßen standen bis zu zwei Metern unter Wasser. In Krangendingen schmolz die Sturzwasser zum verheerenden Strome an und riß Brücken und Stöße mit sich. Ein kleiner Bach in dieser Gegend riß sich ein neues Bett. Groß- und Kleinvieh wurde fortgeschwemmt. Auch aus dem Schwarzwald kommen vom Sutschel und Donau-Rhein schlimme Nachrichten.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung: Zeitweilige Aufklärung, jedoch noch etwas Gebäuhterung. Höhere Tagestemperaturen bei mäßigen südlichen Winden.

Deutschland: In der südlichen Hälfte Deutschlands warm und zahlreiches Gewitter, in der nördlichen Hälfte trocken und langsam aufsteigende Temperaturen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! 3. Kreis Friedrichshagen. Mittwoch, den 21. Mai, 7 1/2 Uhr, in den Wandersportstätten, Taborstr. 21: Kreismitgliederversammlung. Referent: Genosse Clara Sahn-Schuh.

17. Abt. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Funktionärsitzung bei Pfeifer, Hausluchtstr. 2.

### Sport.

Großkampf im Sportplatz. Am 30. Mai werden in Berliner Sportplatz die nächsten Boxkämpfe vor sich gehen. Der für diesen Tag geplante Weltkampftitel Kampf Drenzel-Wilens mußte abermals verschoben werden und hat daher die Direction folgendes Programm zusammengestellt. Gen. Wilens tritt gegen Desso (ehemaliger Mittelgewichtsmittel) an, während der französische Mittelgewichtsmittelmeister Bruner mit Bob Bieger kämpfen wird. Voraussichtlich begeben sich seiner Gültigkeit Spalla und der Lichte Sabri Kabir. Weiter werden im Ring u. a. der neue deutsche Mittelgewichtsmittelmeister Walter Funke, der auf den Umwärt der englischen Weltgewichtsmittelmeister Rampton trifft, und der Dromedeur, Schwergewichtsmittel von Deutschland, Diener (gegen Garry Galt-Sonoda) erscheinen. Die Kämpfe beginnen abends 8 Uhr.

Auf der Berliner Olympia-Bahn werden am kommenden Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, der Motorradklub Berlin des D. R. V. seine ersten großen Motorradrennen. Das Hauptrennen bildet der Große Silberpokal, ein Rennen über 50 Kilometer für Maschinen bis 350 ccm. Außerdem haben Rennen für Motorräder der Klassen bis 150, 200 und 300 ccm statt. Auch die Damen des Klubs haben für dieses Rennen ihre Wettkämpfe abgegeben. Und so ist mit einer starken Beteiligung in allen Klassen zu rechnen. Erwähnt sei noch, daß für diesen Sonntag eine mögliche Eintrittspreise festgesetzt sind

# Gewerkschaftsbewegung

## Aufwertung von Kauttionen.

Die dritte Steuernotverordnung führt eine Reihe von Kapitalanlagen, Hypotheken, Pfandbriefen usw. an, die aufzuwerten sind. In einem anderen Paragraphen wird bestimmt, daß „Vermögensanlagen anderer Art“ nicht mit mehr als 15 Proz. aufgewertet werden dürfen. Da Kauttionen in der Steuernotverordnung nicht angeführt sind, so könnten sie, falls diese Verordnung überhaupt auf sie anzuwenden ist, nur unter den Begriff „Vermögensanlagen anderer Art“ fallen. Ueber die Frage, wie weit Kauttionen, die vor Jahren in Goldwert eingezahlt wurden, aufzuwerten sind, hat die Kammer 14 des Gewerkschaftsrates ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Es handelt sich um folgenden Fall:

Ein Bierfahrer hat bei der Brauerei Engelhardt in den Jahren 1915 bis 1918 eine Kauttion im Gesamtbetrag von 500 M. hinterlegt. Die Brauerei sagt, das ist eine Vermögensanlage, denn sie wird wie jede Spareinlage verzinst und darf deshalb gemäß der Steuernotverordnung nicht höher als mit 15 Proz. aufgewertet werden. In dieser Höhe erkennt die beklagte Brauerei die Aufwertung an.

Der Kläger sagt dagegen, die Kauttion ist keine Kapitalanlage, sie wird der Brauerei nicht wie eine Spareinlage hingegeben, sondern sie wird vom Arbeitgeber gefordert, um sich gegen etwa vom Bierfahrer verursachte Kantos zu decken und der Arbeitnehmer zahlt die Kauttion lediglich deshalb ein, um seine Stelle zu bekommen, denn keine Brauerei stellt einen Bierfahrer ohne Kauttionsleistung ein. Der Kläger fordert deshalb grundsätzlich den vollen Goldwert seiner Kauttion, da ja zur Zeit der Einzahlung noch keine oder doch nur eine sehr geringe Geldentwertung eingetreten war, und gegen die später eingetretene Geldentwertung die Kauttion durch die Brauerei hätte gesichert werden müssen.

Das Urteil der Kammer geht dahin: Die Kauttion ist keine Vermögensanlage im Sinne des Gesetzes. Deshalb kann das Gericht die Aufwertung nach freiem Ermessen vornehmen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage kann aber dem Kläger eine höhere Aufwertung als mit 15 Proz. nicht zugebilligt werden, denn es dürfen ja die Schuldverpflichtungen des Staates, ja selbst durch Sachwerte gesicherte Forderungen nur mit 15 Proz. aufgewertet werden. Hiernach erscheint es nicht begründet, für die Forderung des Klägers eine höhere Aufwertung als 15 Proz. anzuerkennen. Ob später vielleicht eine höhere Aufwertung zugestanden werden könnte, ist eine Frage der Zukunft.

Nach diesem Urteil steht also der höheren Aufwertung von Kauttionen eine gesetzliche Bestimmung nicht entgegen. Nur mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage hält das Gericht eine Aufwertung von 15 Proz. für angemessen. Das Gericht scheint also der Auffassung zu sein, die wirtschaftliche Lage der Brauereien sei so ungünstig, daß sie die im Verhältnis zu ihrem Gesamtvermögen recht geringen Kauttionsbeträge nicht

höher aufwerten können, während die wirtschaftliche Lage der Bierfahrer so günstig sei, daß sie den Verlust von 85 Proz. ihrer in einem Gelde eingezahlten Kauttion tragen könnten. — Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir eine solche Aufwertung für irrig und das Urteil für verfehlt halten.

## Zum Schiedspruch im Holiertgewerbe.

Vom Deutschen Bauergewerksbund, Fachgruppe der Holiierer, wird uns geschrieben: Nachdem bereits im Januar dieses Jahres im Reichsarbeitsministerium bei den Verhandlungen, die auf Antrag des Reichsarbeitsbundes der Holiierer stattfanden, unsere Vertreter eine Verlängerung über die reichsstariflich festgelegte achtstündige Arbeitszeit strikt abgelehnt hatten, haben sich die Unternehmer damit nicht zufrieden gegeben, sondern erneut das Reichsarbeitsministerium angerufen und dort den Antrag gestellt, die Arbeitszeit auf neun und zehn Stunden zu verlängern, trotzdem der Reichstarif immer noch Gültigkeit hat. Unter Vorsitz des Schlichters Bauer vom Reichsarbeitsministerium ist nunmehr folgender Schiedspruch gefällt worden:

1. Die Arbeitszeit soll in der Regel täglich acht Stunden, wöchentlich 48 Stunden nicht übersteigen. Wenn vom Auftraggeber für die Holiierarbeiten längere Arbeitszeit verlangt wird, kann für die Betriebsstellen, an denen Holiierarbeiten ausgeführt werden und deren Betrieb auf Grund tariflicher Regelung länger als acht Stunden gearbeitet wird, die Arbeitszeit von der Holiierfirma für ihre Holiierarbeiter bis auf die von dem betreffenden Betriebspunkte gültige Arbeitszeit verlängert werden. 2. Die vorstehende Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1924. 3. Die Parteien erklären ihre Stellungnahme zu diesem Schiedspruch sich gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber bis 26. Mai 1924.

Die Fachgruppe der Holiierer Berlins wird am Donnerstag zu diesem Schiedspruch in einer Mitgliederversammlung Stellung nehmen. Sie werden ihn, darüber kann kein Zweifel bestehen, mit großer Freude ablehnen. Der Vorsitzende der Berliner Arbeiter hat selbst vor dem Schlichter ausdrücklich erklärt, daß für Berlin die achtstündige Arbeitszeit genüge.

## Der Tariffkampf der Tapezierer.

Die Tapezierer stehen seit Monaten mit den Arbeitgebern in Verhandlungen wegen des Abschlusses eines neuen Manteltarifes. Nachdem schon wiederholt Tapeziererversammlungen zu den schwebenden Verhandlungen Stellung genommen hatten, lehnte eine Versammlung in der vorigen Woche die Berücksichtigung der Tarifforderungen ab. Um einen letzten Versuch zur gütlichen Beilegung des Konfliktes zu machen, eruchte die Branchenleitung die Arbeitgeber nochmals um Verhandlungen, die auch schließlich zugestanden wurden, nachdem die Arbeitgeber auf die Folgen ihres hartnäckigen Standpunktes aufmerksam gemacht worden waren.

Die Bevollmächtigte Müller gestern in einer überfüllten Tapeziererverammlung mitteilte, finden die verabschiedeten Verhandlungen am Donnerstag statt. Die Versammlung vertagte sich darauf auf Freitagabend.

## Andersperrung in den Wurstfabriken in Elmshorn.

Das glänzende Geschäft, das die Wurstfabrikanten während und nach der Inflationsperiode gemacht haben, erinnert an das Sprichwort: Der Appetit kommt beim Essen! Die „Mode“ anderer Arbeitgeber, dem Achtstundentag das Genick zu brechen, hat auch die Elmshorner Wurstfabrikanten nicht ruhen lassen. Sie verlangten, daß 9 Stunden ohne Aufschlag für die neunte Stunde gearbeitet wird. Der einmütigen Ablehnung der Beschäftigten, die allesamt organisiert sind, folgte am 5. Mai die Aussperrung bis auf einen Betrieb, dessen Inhaber am Achtstundentag festhielt. Am 17. Mai hat auch dieser die Belegschaft von 70 Personen ausgesperrt. Die Hoffnung der Wurstfabrikanten, daß der Hunger die Aussperrten schon zur Arbeit und den diktatorischen Bedingungen der Arbeitgeber zwingen werde, hat sich als Illusion erwiesen. Die Aussperrten halten tapfer aus. Durch Injerkate in der bürgerlichen Presse werden Fleischergesellen gesucht unter Verschweigung, daß Aussperrung besteht und die Gesuchten als Streikbrecher fungieren sollen. Die Jurensenden sind einseitig genug und üben Solidarität, indem sie jumeist fogelich wieder abreißen. Notwendig ist aber, daß die Arbeiterkassen gleichfalls Solidarität üben, indem sie mithelfen, Zugang nach Elmshorn fernzuhalten und Elmshorner Wurst- und Fleischwaren bis auf weiteres nicht kaufen. Hauptächlich handelt es sich um Rohwurst, die fast ausschließlich aus Gefrierfleisch hergestellt, aber nicht als solche deklariert ist.

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

## Betriebsstilllegungen im Saargebiet.

Strasbourg, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht) Die großen Hüttenwerke in Dillingen im Saargebiet, die rund 8000 Arbeiter beschäftigen, haben ihrer gesamten Belegschaft zum 1. Juni gekündigt. Wie verlautet, werden auch die übrigen Werke des Saargebiets diesem Beispiel in wenigen Tagen folgen.

## Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung in England.

London, 21. Mai. (M.T.B.) Das Unterhaus hat das Gesetz zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung in zweiter Lesung angenommen. Dadurch wird die Auszahlung an Arbeitslose um 3 Schilling pro Woche erhöht. Auch Kinder unter 14 Jahren fallen unter das Gesetz.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 12. Mai 1 026 100. Dies bedeutet eine Abnahme um 14 560 gegen den 5. Mai und eine Abnahme um 259 523 gegen den 31. Dezember 1923.

Beilegung des norwegischen Arbeitskonflikts. Nach einer amtlichen Meldung aus Christiania ist es der Schlichtungsbehörde gelungen, zwischen den Vertretern der Parteien im norwegischen Arbeitskonflikt eine Einigung herbeizuführen. Die Angelegenheit muß jedoch noch den Organisationen vorgelegt werden, deren Stellungnahme für Ende der Woche zu erwarten ist.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Colerus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler; Kunstleben: Dr. John Schilowski; Soziale und Sonstige: Fritz Rastbach; Anglisten: Th. Glöck; Humilich in Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

**Reste-Haus C. Pelz**  
Kottbuser Str. 5  
Anzugstoffe  
Kostümstoffe  
Mantelstoffe  
Kleiderstoffe  
Seidenstoffe  
Mäntel, Kostüme  
Röcke  
2/3 Rabatt!

**Geschlechtskrankheiten**  
Behandlung von Gonorrhoe, Hantawasserschlag, Blasen, Harnröhrenleiden, Nacht-Ausflüsse, auch wo alles versagt, wurden Tausende durch **Phorosanos** das neue deutsche Reicht-Patent, kurzfristig geheilt. Viele Dankbescheinigungen und Dankschreiben.  
Gewissenhafte ärztl. Leitung.  
Phorosanos-Heilanstalten,  
Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str.  
Bismarckstr. 191, nahe Köpenicker Str.  
Sprechst. täglich 10-7, Sonnt. 9-12

**Leiterwagen**  
u. alle andere Transportgeräte liefert billigst.  
Großer Vorrat.  
Georg Wagner  
Köpenicker Str. 71.  
Tel. Linsendamm 111.

**Volkskleidung!**  
**Kosen**  
für Sport, Beruf und Gesellsch.  
Manchester-Waagen.  
Coden- und Gummiartikel.  
Nutzge für Herren u. Knaben.  
Hemden & Socken & Unterhosen.  
für gut, solide Ware, billigen Preis.  
**Berufskleidung!**  
Gerhard Köhnen  
Neukölln  
Hermannstr. 75-77.

**Gahartine**  
139 Br. r. Wolle.  
8.50 M., 9.75 M.  
Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unt. Preis.  
Haarpuder  
Schöneberg, Kottbuser Str. 2  
a. d. Grunewaldstr.

**REGENMÄNTEL FÜR DAMEN UND HERREN IN HÖCHSTER VOLLENDUNG**



**M. SCHULMEISTER AM KOTTBUSER TOR**

**CURT GEYER**



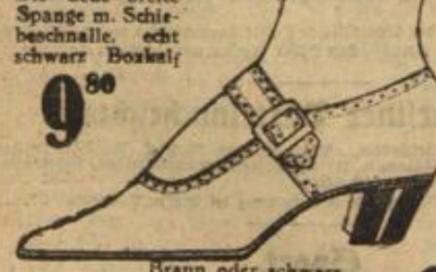
**DREI VERDERBER DEUTSCHLANDS**

**EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DEUTSCHLANDS UND DER REPARATIONSFRAGE VON 1920-1924**

J. H. W. DIETZ N.F. BERLIN

in Ganzleinen 4,- Mk., brosch. 2,50 Mk.  
Zu beziehen durch:  
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Lindenstraße 2, Laden

Die neue breite Spange m. Schiebesechelle, echt schwarz Boxkalf



9<sup>80</sup>

Braun oder schwarz

Braun echt Chevreau, Dam-Halbschuhe, dunkel oder hell, erstklass. Fabrikat, sehr spitze Form. 9<sup>80</sup>

Damen-Halb-Schnür- u. Spangenschuhe, engl. Absatz 4<sup>80</sup>

**Kinderstiefel 95** M.  
schwarz Chromleder, Größe 18-20 . . . . .

**Braune Kinder-Halbschuhe** u. Spangenschuhe mit Schwalle . . . . . Größe 21-25 5<sup>00</sup>

**Braune Leder-Hauschuhe** (Niedertrichter), gut Fabrikat . . . . . Größe 36-42 2<sup>05</sup>

**Braune Damen-Halbschuhe**, Schnür- u. Spange moderne Formen . . . . . 7<sup>00</sup>

**Braune Damen-Halbschuhe**, Goodyearwerk, randgenäht, moderne spitze Form, sehr gutes Fabrikat. 10<sup>00</sup>

**Damen-Halbschuhe**, echt R.-Chevreau moderne spitze Form . . . . . 7<sup>00</sup>

**Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe**, moderne Form, hoher Absatz . . . . . 2<sup>00</sup>

**Qualitätsware 10<sup>90</sup>**

**Herrenstiefel**, auf echten Rand genäht, echt Boxrind, mit und ohne Doppelsohlen, mod. runde Form, alle Größen . . . . . nur M. Billiger, als im Frieden.

**Derselbe**, mit durchgeh. Doppelsohle M. 12.50

**Herrenstiefel**, echt Rhodex, moderne Formen . . . . . 6<sup>00</sup> 8.90, 9.50

**Braune Herrenstiefel**, echt Boxrind, moderne, breite Formen . . . . . 12<sup>50</sup>

**Pantoffel** für Herren 65 Pf. für Damen 55 Pf.

**Braune Herren-Halbschuhe**, echt Boxkalf, moderne, halbspitze Form . . . . . 11<sup>00</sup>

**Schwarze Herren-Halbschuhe**, R.-Chevreau und Chromleder . . . . . 7<sup>00</sup>

**Elegante Luxussachen**  
Grau Nubuk, m. braun Boxkalf-Verzierungen, sowie Lack etc. etc., erstklassige Fabrikate in großer Auswahl  
15<sup>80</sup> 16<sup>80</sup> 18<sup>80</sup> 19<sup>80</sup>

**Gross-Detail Schuh-Lokal Behndt**

**Feine Luxussachen**  
in großer Auswahl bei uns billig!  
Sandalen / Turnschuhe  
Tennisschuhe  
Braune Kinderstiefel in großer Auswahl

Münzstr. 25  
Frankfurter Allee 54  
Kottbuser Damm 13